

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 48. Ratssitzung vom 15. April 2015

878. 2015/58
Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Peter Schick (SVP) vom 04.03.2015:
Streichung der Notwohnungen für Personen, die über eigene finanzielle Mittel verfügen oder vollumfänglich Sozialhilfe beziehen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 747/2015): Die Stadt hat unbestritten eine gewisse Zentrumslast zu tragen. Das riesige Angebot an sozialer Wohlfahrt erzeugt aber zusätzlich eine künstliche Zentrumslast, die nicht mehr finanzierbar ist. Die SVP wehrt sich gegen diese linke Sozialindustrie und will konkret, dass bei der Vergabe von Notwohnungen viel restriktiver vorgegangen wird. Warum sollen ausgerechnet diejenigen in der Stadt bleiben dürfen, die keiner Arbeit nachgehen, schlecht integriert sind und sich aufgrund der hohen Preise, die der Masseneinwanderung geschuldet sind, keine Wohnung in der Stadt leisten können?*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Raphael Golta:** Es müssen zwei Aspekte unterschieden werden: Einerseits der zur Verfügung gestellte Wohnraum. Dies ist eine normale Wohnung, die die Stadt kostendeckend vermietet. Andererseits die ambulante Betreuung der Menschen, die in solchen Wohnungen leben: Diese Betreuung durch Sozialarbeitende würde ansonsten von den Sozialen Diensten (SOD) geleistet. Somit handelt es sich einfach um ein spezielles Angebot, das sinnvollerweise auf diese Menschen zugeschnitten ist. Die nötigen Leistungen könnten in einer anderen Form nicht günstiger erbracht werden.*

Weitere Wortmeldung:

***Peter Schick (SVP):** Die Hürde für den Erhalt einer Notwohnung ist zu tief und hat zudem eine Magnetwirkung: Die Leute ziehen in die Stadt, wohnen – für Einzelpersonen kein Problem – zwei Jahre bei Kollegen und machen schliesslich ein Anrecht auf eine Notwohnung geltend. Ebenfalls störend ist, dass auch Leute eine Notwohnung erhalten, die über genügend finanzielle Mittel verfügen würden, um auf dem Privatmarkt eine Wohnung oder eine andere Unterkunft zu finanzieren. Auch sollte Leuten, die bereits Sozialhilfe erhalten, nicht auch noch eine Notwohnung zugesprochen werden.*

Das Postulat wird mit 20 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat